

Kommentar des ehemaligen Unia Ökonomen Hans Baumann zum Papier „Ein Pakt für die Produktion“

Das Konzept, dessen Stossrichtung und Ziele absolut zu begrüßen sind, beruht analytisch auf dem Befund einer Kreditklemme und der Kapitalknappheit. Dies scheint mir aber zu kurz gegriffen, und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. Das Problem der letzten 10 Jahre vor der Krise war die Überschwemmung der Märkte mit Kapital und nicht die Kapitalknappheit. Die Politik des „billigen Geldes“ führte vor allem in den USA aber auch in Europa dazu, dass Unternehmen und Private zu äusserst günstigen Bedingungen, ja oft gratis Kredite erhielten! Zugegeben, ein grosser Teil dieser Kapitalien wurde dazu verwendet, sie wiederum auf den Finanzmärkten anzulegen oder die Immobilienblase aufzublähen. Zu den Immobilien gehörten aber immerhin auch Geschäfts- und Industrieliegenschaften, also Investitionen in den „produktiven Sektor“. Und das Platzen dieser Blase war schliesslich der Auslöser der Weltwirtschaftskrise (nicht die Ursache).
2. Obwohl es die „Renditenschere“ zwischen Finanz- und Industriekapital zweifellos gab, muss man das sehr differenziert anschauen. Die Schweizer Industrie beklagte sich bis vor kurzem nicht über die Kreditklemme sondern produzierte munter drauflos und fuhr riesige Profite ein. Noch nie wurde in der Schweiz so viel produziert und exportiert wie im Jahr 2008. Sämtliche Rekorde wurden gebrochen! Der (globalisierte Teil) unserer Industrie erwirtschaftete so viel Profit, dass sie diese zum grössten Teil auf den internationalen Finanzmärkten oder aber im Ausland für den Aufkauf von Unternehmen investierte. Von Kapitalknappheit also keine Spur. Der Eigenfinanzierungsgrad war hoch (und ist es teilweise heute noch). Einigen Schweizer Multis gelingt es selbst jetzt die Krise dazu auszunutzen, ihre Vormachtstellung auf den Weltmärkten durch Zukäufe zu stärken.

Auch die KMU fuhren dabei nicht schlecht, auch wenn sich ihre Rendite nicht mit den Banken und dem internationalisierten Sektor der Industrie messen konnte und die Eigenfinanzierung tiefer war.

3. Wenn wir heute erste Lehren ziehen aus der Krise, dann ist das u.a. auch die, dass die **Finanzinstitute ihre Kredite zu leichtfertig vergeben** und die Eigenreserven vernachlässigt haben. Es ist deshalb richtig, wenn z.B. heute die G-20 höhere Eigenmittelreserven für das Bankensystem fordern. Zudem bin ich auch der Meinung, dass die Sicherheiten bei der Vergabe von Hypothekarkrediten eher erhöht werden müssen, also 100-prozentige Belehnungen, wie sie auch bei uns vorgekommen sind, verboten werden müssen. Dies eine wichtige Lehre aus der Subprime-Kreditkrise und durchaus auch im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Baugewerbes.

Es ist aber auch klar, dass diese vernünftigen Forderungen die Kreditvergabe an KMU nicht gerade erleichtern sondern eher erschweren und verteuern.

Trotzdem müsste man im Papier auch die Notwendigkeit der globalen Regulierung der Finanzmärkte erwähnen. Denn Verbot oder starke Kontrolle von alternativen Finanzprodukten, Hedgefonds usw. würde auch zu einem Teil dazu führen, Finanzströme wieder eher auf einheimische, nachhaltige Produktion umzulenken.

4. Das es zurzeit eine gewisse Gegentendenz gibt, ist an sich logisch und nicht von vorne herein negativ. Die Banken müssen – trotz billigem Geld von der Nationalbank – ihre Risiken neu abschätzen. Sie richten sich bei der Risikoabschätzung ja vor allem danach, wie sich der Cash Flow im jeweiligen Unternehmen entwickeln könnte. Und dieser ist ganz wesentlich davon abhängig, wie sich die Nachfrage nach dem Produkt entwickelt. Leider schauen sie dabei wie in der Vergangenheit nur die kurzfristigen Gewinnaussichten an: Investitionen in nachhaltige Produktion, die erst längerfristig Gewinne abwerfen, hatten und haben es schwer.
5. Somit komme ich zur Hauptkritik, die im Papier ja auch erwähnt ist: Die gegenwärtige Krise ist im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass die Nachfrage fehlt. Dies seitens unserer Hauptexportländer aber auch und vor allem im Inland. Ganz besonders in der Schweiz, mit dem hohen Eigenfinanzierungsgrad der Unternehmen, liegt der Wurm also nicht an der Kreditklemme oder dem Kapitalmangel sondern an der fehlenden Nachfrage. Und, wie im Papier richtig erwähnt, an den nur zögernd ausgelösten Konjunkturprogrammen. Zieht die Nachfrage wieder an, sind Investoren auch wieder eher bereit, Geld locker zu machen.
6. Die Lösung liegt denn auch nicht darin, dass genügend und günstige Kreditmittel für KMU, Innovationen etc. bereitgestellt werden müssen. Das Problem liegt darin, dass wir diese Mittel umlenken müssen in Richtung nachhaltige, CO2-arme und sozial verantwortliche Produktion, wie das im Papier ja auch formuliert ist. Zieht die Nachfrage an und werden die Kredite wieder billiger, wird doch wieder dort investiert, wo kurzfristig die höchsten Renditen zu erzielen sind: Es wird wieder der gleiche Schrott produziert und exportiert wie vorher. Die überschüssigen Profite im Inland werden die nächste Krise verursachen.
7. Die Schaffung eines paritätisch oder tripartit verwalteten Fonds aber auf alle Fälle befürworten: Er soll aber nicht Investitionen per se fördern sondern ausschliesslich solche, die der kurzfristigen Rendite entzogen werden. D.h. Investitionen in sozial und ökologisch nachhaltige Produktion, die meist nur langfristig rentabel und deshalb für traditionelle Investoren weniger interessant sind.
8. Zur Finanzierung:
PK-Gelder in Ordnung, aber wie bringen wir die PK dazu in diesem Fonds zu investieren? Bisher war unser Einfluss klein... Den PK müssten also Vorgaben gegeben werden, wie z.B. mindestens 5% der Einlagen müssen in den nationalen Fonds fließen.
9. Ein solcher Fonds muss aber auch der Umverteilung im Sinne der Abschöpfung von Profiten dienen, die sonst exportiert werden. Das bedingt eine entsprechende Finanzierung. Ich weiss nicht genau, was unter Kapitalverkehrssteuer zu verstehen ist. Wenn es sich dabei um eine Steuer auf internationalen Devisen- und Finanzströmen handelt (Tobin-Steuer) kann diese nur global (oder mindestens europäisch) durchgesetzt werden. Ich finde **solche globalen Regelungen ganz wichtig**, aber sie sind wahrscheinlich nicht kurzfristig realisierbar.
10. Deshalb müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie eine solcher Fonds auch aus „nationalen“ Quellen gespiesen werden könnte und der Umverteilung dienen kann. Dazu gibt es z.B. auch schon Vorschläge vom Denknetz „Die Schweiz auf die Füsse

stellen“: Reichtum steuerlich abschöpfen, nationale Erbschaftssteuer usw.

11. Wichtig: Es gibt diese Beispiele von Staatsfonds. Der zweitgrösste ist der norwegische Staatsfonds. Aber auch China und Saudi Arabien haben solche Fonds. Dies sind alles Länder, welche wie die Schweiz riesige Exportüberschüsse aufweisen (Norwegen z.B. wegen der Erdöl- und Gasexporte) und diese mit einer Abgabe belegen, welche in den Staatsfonds einfließen. Dieser investiert z.B. in Norwegen ziemlich traditionell in Unternehmen, allerdings immerhin aufgrund vom Parlament abgegebener, ethischer Grundsätze. Die Beispiele der Staatsfonds zeigen übrigens auch gut, dass die Idee des Ökofonds aus ökonomischer Sicht durchaus realisierbar ist. Es wird ja kein Kapital entzogen sondern nur umgeleitet, d.h. die Investitionsquote sollte gleich bleiben bzw. sogar steigen, da mehr im Inland investiert wird.

Für die Schweiz liesse sich eine solche Abgabe auch rechtfertigen, da wir in einer ähnlichen Situation sind. Etwa die Hälfte der Exportüberschüsse beruhen auf Finanzdienstleistungen, die andere Hälfte auf industriellen Exporten. Wahrscheinlich liesse sich das am ehesten realisieren durch eine **Steuer auf Kapitalexporten**, welche aus den Gewinnen der Exportindustrie und der Banken resultieren. Dadurch würden einerseits Investitionen auf ausländische Finanzmärkte aber auch Investitionen in Arbeitsplätze im Ausland (Firmenübernahmen etc.) besteuert.

12. Grössenordnung der Mittel: 5 Milliarden im Jahr wären ein ganz kleiner Anfang. Um wirklich umverteilen zu können und die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit umzubauen braucht es mehr. Zur Grössenordnung: Allein die beiden Grossbanken UBS und CS bezahlten in den letzten Jahren pro Jahr 10 Milliarden Franken an Boni aus! Und das viel kleinere Norwegen füllt seinen Staatsfonds jährlich mit 50 Milliarden Euro auf!
Deshalb: Exportüberschüsse steuerlich abschöpfen und sowie Reichtums- bzw. Erbschaftssteuer einführen würde wirklich einschenken.
13. Politische Realisierbarkeit: Ist natürlich im gegenwärtigen Umfeld problematisch. Aber dies hängt nicht von der Höhe der einzusetzenden Mittel ab. Evtl. ist es sogar glaubwürdiger, gleich mehr für einen Finanzierungsfonds zu fordern, wenn man wirklich damit den ökologischen Umbau erreichen will.